

Horst Pöttker

Wozu brauchen wir Medien?

Erwartungen an die Informationsvermittlung
in der Gegenwartsgesellschaft

Die Frage, wozu wir Massenmedien eigentlich brauchen, kann unterschiedlich aufgefaßt werden. Einmal empirisch: Dann erkundigt sie sich danach, was Zeitungsleser und Fernsehzuschauer heute tatsächlich erwarten, wenn sie zu ihrem Blatt greifen oder das Programm einschalten. Und zum anderen normativ: Dann erkundigt sie sich danach, was wir von den Medien erwarten sollten, damit wir unserer Probleme Herr werden können und die Demokratie sich nicht in den Buchstaben der Verfassung erschöpft.

Was erwartet das Publikum tatsächlich von den Medien?

Zunächst ein paar Bemerkungen zur empirischen Auffassung der Frage: Die tatsächlichen Einstellungen zu den Medien sind hauptsächlich insoweit bekannt, wie die werbende Wirtschaft sich dafür interessiert. Die meisten Zeitungen in der Bundesrepublik haben von Marktforschungsinstituten Leseranalen durchführen lassen, bei denen mit Hilfe von „Copy-Tests“ festgestellt wird, welche Seiten besondere Aufmerksamkeit finden, wo also Anzeigen zu platzieren wären, um mit ihnen ein Optimum an absatzfördernder Wirkung zu erzielen. Der Bestandskatalog des Kölner „Zentralarchivs für empirische Sozialforschung“, das Umfragedaten aus den Anfängen der Bundesrepublik bis zur Gegenwart gespeichert hat, zeigt bei kritischer Durchsicht, daß auch die Fernsehrezeption (mit einer wichtigen Ausnahme) bisher eigentlich nur unter zwei Gesichtspunkten empirisch untersucht worden ist: Die weitaus meisten in den vergangenen fünfunddreißig Jahren durchgeführten Umfragen gehören wiederum in den Bereich der Marktforschung, der andere, schon weniger häufige Typ fragt danach, wie Kinder mit dem Fernsehen umgehen.

Demgegenüber möchte ich vor allem auf die Informationsfunktion der Medien zu sprechen kommen, die im weitesten Sinne als „politisch“ zu bezeichnen ist. Wie sie vom erwachsenen Publikum tatsächlich eingeschätzt wird, hat bisher eigentlich nur eine von den Landesrundfunkanstalten in Auftrag gegebene Langzeitstudie zur Nutzung und Bewertung aller tagesaktuellen Medien zu ermitteln versucht, deren Umfragen 1964, 1970, 1974, 1980 und zuletzt 1985 durchgeführt worden sind. Aus ihren Befunden lassen sich vergrößernd zwei bedeutsame Erkenntnisse ableiten:

1. Obwohl die Zeitung von mehr Menschen subjektiv für unentbehrlich gehalten wird als der Hörfunk oder das Fernsehen, was aus den praktischen Funktionen der Presse auf lokaler Ebene (Kleinanzeigen, Veranstaltungshinweise usw.) leicht erklärlich ist, rangiert sie, was ihre Wertschätzung als aktuelle Informationsquelle sowie die Einschätzung ihrer Glaubwürdigkeit angeht, unter den drei Medien mit Abstand an letzter Stelle. Die Frage, ob wahrheitsgetreu berichtet wird, beantworten für das Fernsehen etwa 30 Prozent der Bundesbürger, die dieses Medium zumindest gelegentlich nutzen, mit ja, für den Hörfunk immerhin noch etwa 25 Prozent, für die Presse weniger als 20 Prozent.¹

2. Die Zunahme des Anteils der politisch Interessierten an der Bevölkerung hat nicht zu einer entsprechend stärkeren Nutzung des politischen Informationsangebots der tagesaktuellen Medien geführt. Es hat in den vergangenen Jahren offensichtlich gerade bei denen, die sich als politisch stark interessiert bezeichnen (immerhin etwa 45%), an Attraktivität eingebüßt. Vor allem politisch interessierte jüngere Menschen schätzen den Informationswert der etablierten Medien zunehmend geringer ein.²

Was sollten wir von den Medien erwarten?

Es wäre sicher lohnend, der Frage nachzugehen, auf welche Ursachen diese Unterschiede und Entwicklungstrends in der tatsächlichen Nutzung und Bewertung der Medien zurückzuführen sind. Dennoch möchte ich mich hier auf den anderen, normativen Aspekt des Themas „Wozu brauchen wir Medien?“ konzentrieren. Denn nur so läßt sich ein ethisch gefestigter Orientierungspunkt zur Beurteilung des Zustands gewinnen, in dem die Medien und der Gebrauch, der von ihnen gemacht wird, sich heute befinden.

Emil Dovifat, einer der Begründer der Zeitungswissenschaft in Deutschland, hat schon vor über 50 Jahren festgestellt: „Die Nachricht trägt in all ihren Formen meinungsbildende Kräfte in sich. Das liegt in ihrer Natur und ist nicht auszuschalten. Indem also die Zeitung jüngstes Gegenwartsgeschehen in ihren Nachrichten übermittelt, ist auch sie subjektiv. Wer diese Subjektivität der Zeitung leugnet, leugnet die Zeitung selbst. Er würde insbesondere der subjektiven Wahrhaftigkeit, die von der Zeitung verlangt werden muß, nie gerecht werden; er würde ihre nur mit voller persönlicher Hingabe für die Gemeinschaft zu leistende Aufgabe erstarren lassen in der Nüchternheit und Dürre protokollarischer Feststellung.“³ Dies Zitat mag genügen, um zunächst die Vorstellung auszuräumen, das Publikum hätte an die Medien keine anderen und vor allem keine höheren Ansprüche zu stellen als den, daß das aktuelle Geschehen richtig wiedergegeben wird. „Objektivität“ als feste Substanz kann es bekanntlich schon deshalb nicht geben, weil die Berichterstattung immer eine Auswahl aus der Gesamtheit aller Ereignisse treffen muß; eine Auswahl,

die sich der Kontrolle des Publikums entzieht. Dessen erste Erwartung sollte deshalb sein, daß die Medien ihre unvermeidliche Subjektivität, die schon in ihren redaktionellen Kriterien dafür steckt, welches Ereignis ihnen eine Nachricht wert ist und welches nicht, sich selbst und dem Publikum bewußt machen. Wir sollten erwarten, daß aus einer Zeitung oder einem Rundfunkprogramm deutlich hervorgeht, wo die betreffende Redaktion politisch einzuordnen ist und was sie für ihre gesellschaftliche Aufgabe hält.

Wie könnte diese Aufgabe heute aussehen? Bei dem folgenden Versuch, aus allgemeinsoziologischen Überlegungen eine Antwort darauf zu entwickeln, werden am Ende Ansprüche an die Medien gestellt, die vielleicht unrealistisch, ja naiv erscheinen mögen. Es wird sich jedoch zeigen, daß die Erfüllung der gesellschaftlichen Aufgabe, die den Massenmedien in einer komplexen Industriegesellschaft zufällt, für uns lebenswichtig ist. Deshalb müssen wir höchste Anforderungen an die Presse und den Rundfunk stellen, so, als wüßten wir von ihren Produktionsbedingungen nichts, zu denen nicht selten Rücksichtnahmen gegenüber Anzeigenkunden, Konkurrenz- und Anpassungsdruck in den Hierarchien der Redaktionen oder Terminhetze und mangelnde Ausbildung der Journalisten vor Ort gehören. Schon als Gegengewicht gegen solche Strukturmerkmale des Mediengeschäfts ist es notwendig, daß zumindest ein Teil des Publikums an anspruchsvollen, ja utopischen Erwartungen festhält. Ein Verzicht darauf bestärkte die Medienmacher nur in der Neigung, die Rezipienten für dümmer zu halten, als sie sind, und sich bei Abstrichen an der Qualität ihres Produkts auch noch auf die vermeintlichen Wünsche des Publikums zu berufen. Daß der Anteil der politisch interessierten Bürger wächst, diese sich aber vom Informationsangebot der tagesaktuellen Medien abzuwenden beginnen, mag Verlegern und Journalisten zu denken geben. Im übrigen bilden sich der Bedarf und der Geschmack des Publikums natürlich auch an dem erst heraus, was Presse und Rundfunk tatsächlich zu bieten haben.

Komplexität als Strukturprinzip der Gegenwartsgesellschaft

Zu den unstrittigen Merkmalen der modernen Industriegesellschaft gehört ihr hohes Maß an Differenziertheit oder Komplexität. Was damit gemeint ist, läßt sich am besten durch den Vergleich mit ganz anderen Gesellschaftsformen verdeutlichen, die im Gegensatz zu unserer eigenen eben nicht komplex sind. Emile Durkheim hat für solche Kulturen den Begriff „segmentär“ geprägt⁴, weil die Dörfer oder Familienclans, aus denen sie sich — als deren einfaches Nebeneinander — zusammensetzen, gleichförmig sind wie die Segmente einer Kette. Wer eines kennt, kennt sie alle, kennt die ganze Kultur. Auch innerhalb der Segmente ist der Grad der Funktionsteilung gering: Im Prinzip ist jedes Mitglied an der Erfüllung aller gesellschaftlich notwendigen Aufgaben beteiligt. Jeder produziert Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände,

jeder erzieht Kinder, jeder heilt Krankheiten, jeder nimmt aktiv am religiösen Ritual teil usw. Sofern zwischen den Geschlechtern eine Arbeitsteilung besteht oder sich bereits einige handwerkliche Berufe (Schmied, Töpfer) und intellektuelle Sonderpositionen (Priester, Mediziner) herauskristallisiert haben, sind diese spezialisierten Tätigkeiten den anderen aus nächster Nähe bekannt. Jeder ist also aus seiner unmittelbaren Lebenserfahrung heraus motiviert und in der Lage, sich kompetent am Zustandekommen aller die Gemeinschaft betreffenden Entscheidungen zu beteiligen. Demokratie ist zumindest von daher hier kein Problem, und tatsächlich sind urdemokratische Entscheidungsstrukturen z.B. für viele Kulturen des vorkolonialen Afrika südlich der Sahara typisch.⁵

Anders eine komplexe Industriegesellschaft. Hier sind die Teile, aus denen sie sich — als deren komplizierte Verschachtelung und Verzahnung — zusammenfügt, untereinander ganz verschieden: Betrieb, Familie, Schule, Universität, Klinik, Kirche, Gemeinde, Partei, Verein, usw., wobei unter jede dieser Kategorien noch Gebilde mannigfacher Art und Größe fallen. Für alle gesellschaftlich notwendigen Aufgaben haben sich Institutionen herausgebildet, die eigens dazu da sind, diese und keine andere Funktion zu erfüllen: die Justiz, um Streitfälle zu schlichten; die Schule, um Kinder zu erziehen; die Feuerwehr, um bei Notfällen zu helfen usw. Jeder Beruf ist eine Institution, in der Bundesrepublik Deutschland gibt es mehrere tausend Berufe.

Warum es in einem Prozeß fortschreitender Arbeitsteilung und Institutionalisierung, der bis vor kurzem unaufhaltsam schien, zu einem Höchstmaß an Komplexität gekommen ist, kann hier nur durch die Stichworte Technikentwicklung und Effizienz angedeutet werden. Jedenfalls handelt es sich um eine zentrale gesellschaftliche Bedingung unserer Existenz, die auch dann nicht mehr rückgängig zu machen sein würde, wenn sich herausstellen sollte, daß der geschichtliche Prozeß, der sie hervorgebracht hat, heute nicht mehr effizienzsteigernd ist.

Das Problem der Komplexität

Im Zusammenhang mit der Massenkommunikation ist weniger die Ursache als eine Begleiterscheinung der Komplexität von Interesse, die zu den Schattenseiten der modernen Industriegesellschaft zählt. Die unmittelbaren Erfahrungen der in den verschiedenen Funktionsbereichen tätigen Menschen fallen hier so weit auseinander, daß sie den einzelnen nicht mehr ausreichend motivieren und befähigen, an den politischen Entscheidungsprozessen teilzunehmen, die für das Ganze und damit am Ende auch für ihn selbst von Bedeutung sind. Wer wie wir alle nur einige wenige der vielen Institutionen aus eigener Lebenserfahrung kennt, kann allein daraus noch kein politisch tragfähiges Wissen über die ganze Gesellschaft und ihre Probleme ansammeln. Was ein Ho-

telbesitzer in einem Höhenluftkurort alltäglich selbst erlebt, wird ihn kaum bewegen, gegen die allmähliche Verunreinigung der Luft durch Industrie- und Autoabgase einzutreten. Dabei ist es am Ende gerade er, in dessen Leben das Waldsterben nachhaltig eingreift.

Der Phantasie, sich Beispiele dieser Art vorzustellen, sind keine Grenzen gesetzt. Müssen wir sie aber auch als problematisch empfinden? Dagegen könnte eingewendet werden, daß unser Gastronom gar nicht unbedingt etwas von Umweltschutz zu verstehen braucht, da es auf diesem wie auf allen anderen Gebieten genügend Fachleute gibt, auf die sich die Regierenden bei ihren politischen Entscheidungen stützen können. Trotz oder gerade wegen ihrer hohen Verantwortung ist Experten und Politikern gegenüber freilich Mißtrauen geboten. Denn sie sind von der allgemeinen Zersprengtheit und Abkapselung des Erfahrungswissens keineswegs ausgenommen, sondern sogar besonders betroffen. Fachmann zu sein bedeutet, von einer Sache alles verstehen zu müssen und alle anderen vergessen zu dürfen. So kommt es, daß bei Expertenplanungen häufig die sozialen Kosten unberücksichtigt bleiben, die erst später und an ganz anderer Stelle zur Belastung werden. Und für Politiker gilt: je prominenter, desto stärker sowohl das legitime Bedürfnis als auch die legalen Mittel, einen schützenden Zaun um den privaten Alltag zu errichten, der freilich auch die Realitätswahrnehmung einengt. Gerade für unangenehme Realitäten wie die Umweltgefährdung haben sie daher oft nur wenig Sinn.

Unter Demokratie verstehen wir deshalb, daß die Regierenden von der regierten Bevölkerung wirksam kontrolliert und gegebenenfalls zu den für das Allgemeinwohl erforderlichen Entscheidungen genötigt werden können. Das ist in einer hochkomplexen Industriegesellschaft einerseits besonders schwierig, andererseits aber auch besonders wichtig. Besonders schwierig, weil das Auseinanderfallen des Erfahrungswissens die politische Partizipation aller behindert, und besonders wichtig, weil begrenzte Mißstände sich ohne die politische Partizipation aller insofern leicht zu Bedrohungen für alle auswachsen können, als auch und gerade das Erfahrungswissen der Entscheidungselite von den Prozessen an der Basis der Gesellschaft abgekapselt ist.

Daß es zu bedrohlichen Entwicklungen wie dem Waldsterben kommen kann, erscheint angesichts der nie dagewesenen Menge an natur- und sozialwissenschaftlicher Erkenntnis, die wir angesammelt haben, geradezu absurd. Das Absurde ist möglich, weil das Wissen, das es verhindern könnte, zu lange isoliert und verborgen bleibt. Weil es uns an sozialer Verfügungsgewalt über den ungeheuren Reichtum an Erfahrung und Erkenntnis mangelt, will es uns nicht gelingen, von ihm zu unserem eigenen Nutzen Gebrauch zu machen. Die aktuellen Beispiele für offensichtliche Fehlentwicklungen zeigen, wie wichtig es in einer komplexen Industriegesellschaft ist, das zersprengte Erfahrungswissen wenigstens soweit zusammenzufügen, daß Mißstände und Probleme von möglichst vielen Menschen möglichst frühzeitig in ihrer ganzen Tragweite er-

kannt werden. Denn nur dies ermöglicht ihre wirksame politische Verarbeitung, ehe sie zerstörerische Kräfte entwickeln können.

Die Aufgabe der Massenmedien

Auch für diese wichtige Funktion steht in der modernen Industriegesellschaft eine Institution bereit, ohne die sie unerfüllt bleiben müßte: eben das Massenmedium. Die soziale Aufgabe, an der die Medien gemessen werden sollten, besteht mithin darin, die mit der Komplexität vermachte Beschränktheit der Motivationen und Kompetenzen abzubauen, indem alle vorhandenen Erfahrungen und Erkenntnisse allgemein zugänglich gemacht und zueinander vermittelt werden. Dabei darf insbesondere jenes Erfahrungswissen nicht ausgespart werden, das Mißstände und Fehlentwicklungen anzeigt. Mit anderen Worten: Wir brauchen die Medien vor allem, damit strukturelle Probleme, die aufgrund der Komplexität sonst anfänglich verborgen blieben, frühzeitig allgemein bekannt werden, um sie auf demokratische Weise lösen zu können.

Seit einiger Zeit ist das Schlagwort von der „Informationsgesellschaft“ in Mode, gelegentlich wird auch von „Mediengesellschaft“ geredet. Der historische Prozeß der Ausdifferenzierung und zunehmenden Komplexität ist insofern in der Tat ein Weg in die Mediengesellschaft gewesen, als er Presse und Rundfunk immer notwendiger gemacht hat. Wir werden diesen Weg wohl noch ein Stück weitergehen, womit nichts darüber gesagt ist, ob gegenwärtige oder künftige Medien die Aufgabe, das Getrenntsein der Erfahrungen zu überbrücken, auch wirklich in hinreichendem Maße erfüllen. Gerade die sich heute vollziehende Spezialisierung der Rundfunkprogramme läßt daran zweifeln. Wenn den Fußballfans ein besonderes Sportprogramm, den Intellektuellen ein besonderes Kulturprogramm und den Jugendlichen ein besonderes Programm mit Pop-Musik angeboten wird, bedeutet das für jede dieser Gruppen die Verringerung der Chance, über die Massenmedien fremde Realitäten wahrzunehmen.

Die Medien haben es mit der Erfüllung ihrer Aufgabe freilich noch nie leicht gehabt. Menschen pflegen bekanntlich nur widerwillig zur Kenntnis zu nehmen, was sich nicht mit ihren eigenen Erfahrungen und Interessen deckt. Gerade bedrohliche Informationen werden gern übersehen oder verdrängt. Beim Umgang mit Presse und Rundfunk fällt selektive Wahrnehmung zur Bestätigung der schon vorhandenen Einstellung besonders leicht, weil der Kommunikator darauf nicht reagiert. Im Unterschied zu einem Gesprächspartner wehrt sich ein Zeitungsartikel nicht dagegen, überlesen, falsch verstanden oder wieder vergessen zu werden.

Vor einiger Zeit herrschte deshalb die Meinung vor, Massenmedien seien nahezu ohne Wirkung auf die Einstellungen und das Verhalten der Rezipienten. Diese Theorie ist heute überholt.⁶ Ihr grundlegendes Element, die selek-

tive Wahrnehmung aufgrund einer vorhandenen Disposition, legt selbst die mittlerweile bestätigte Vermutung nahe, daß Massenmedien vor allem dort Einfluß haben können, wo noch keine oder nur sehr unsichere Einstellungen beim Rezipienten vorhanden sind. Gerade dort, wo die Medien besonders wichtig sind, beim Aufdecken von Fehlentwicklungen im Frühstadium nämlich, bei dem, was man ihre Seismographen-Funktion nennen könnte, haben sie also durchaus Wirkungschancen.

Wie schwer es die Medien mit der Erfüllung ihrer Aufgabe aber auch haben mögen: Die begrenzte Aufnahmebereitschaft des Publikums kann kein vernünftiger Grund sein, Ansprüche an die Qualität der journalistischen Arbeit zurückzuschrauben. Im Gegenteil: Da psychische Barrieren, die die Aufnahme befremdlicher oder bedrohlicher Informationen erschweren, die gesellschaftliche Notwendigkeit keineswegs aufheben, daß fremde Erfahrungen und bedrohliche Entwicklungen von breiten Teilen der Bevölkerung zur Kenntnis genommen werden, sollten Journalisten sich im vollen Bewußtsein dieses Problems um eine besonders hohe Qualität ihres Produktes bemühen, damit die Wahrnehmungsbarrieren des Publikums überwunden werden. Woran wäre eine hohe Qualität der journalistischen Arbeit nun konkret zu erkennen?

Zunächst ergeben sich zwei selbstverständliche Ansprüche an die Informationsvermittlung, die keiner weiteren Erläuterung bedürfen: Erstens erwarten wir, daß das Berichtete mit der Realität übereinstimmt, also keine versehentlichen oder gar absichtlichen Unrichtigkeiten enthält. Bei einem Artikel zum Thema Waldsterben wollen wir uns z.B. darauf verlassen können, daß die Zahlenangaben über den Anteil der geschädigten Bäume mit seriösen Quellen übereinstimmen und uns mögliche Unstimmigkeiten der Quellen mitgeteilt werden. Zweitens erwarten wir über die Richtigkeit im einzelnen hinaus eine möglichst wenig verzerrte Wiedergabe der Realität im ganzen. Das heißt im Hinblick auf unser Beispiel zumindest, daß über das bedrohliche Thema Waldsterben überhaupt und in angemessener Breite berichtet wird. Dazu gehört auch, daß Tatsachen in ihren Zusammenhängen und vor ihren Hintergründen erscheinen. Nur wenn dem Leser oder Zuschauer klar gemacht wird, daß und wie privater Energieverbrauch, Schadstoffanreicherung in der Luft und Waldsterben miteinander zu tun haben, kann er sich an einer wirksamen Bekämpfung des Problems beteiligen.

Über solche Selbstverständlichkeiten hinaus leite ich aus der gesellschaftlichen Aufgabe der Massenmedien drei normative Erwartungen an sie ab, ohne damit einen Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben:

Eigeninitiative

Damit die Medien Mißstände und Fehlentwicklungen rechtzeitig an die Öffentlichkeit bringen können, gehört es noch zu den Selbstverständlichkeiten.

daß sie nichts Problematisches verschweigen oder unterschlagen, das an sie herangetragen wird. Wenn sich besorgte Kenner der Materie vor Jahren an die Presse gewandt haben sollten, um vor den Folgen des Schwefeldioxids für den Wald zu warnen, hätte das jedenfalls nicht in den Papierkorb gehört, so abwegig es damals dem Redakteur auch hätte erscheinen mögen. Das Nichtverschweigen des an die Medien Herangetragenen ist freilich noch nicht genug. Sie sollten auch von sich aus im Entstehen begriffene Probleme aufspüren und in dieser Richtung mit Recherchen aktiv sein, ohne daß Fehlentwicklungen erst durch ein spektakuläres Ereignis oder eine prominente Person ins Rampenlicht gerückt und dadurch gleichzeitig auch schon wieder verdeckt werden. Ist dies erst einmal eingetreten, ist es für eine wirksame politische Verarbeitung meistens schon zu spät. Daß Forstverwaltungen Kalk auf den Waldboden streuen, um den sauren Regen zu neutralisieren, wäre ein zur Erhaltung der Bäume außerordentlich wichtiges Thema gewesen, über das zu berichten von den Medien Eigeninitiative und selbständige Recherchen vor Ort erfordert hätte, weil Forstbeamte in der Regel nicht sehr publizitätsbewußte Leute sind, deren Tätigkeit normalerweise wenig Spektakuläres hergibt.

Journalisten erheben in ihren Kommentaren gern den mahnenden Finger, wenn es gegen Probleme wie die Umweltgefährdung oder die Wohnraumverknappung zu unkonventionellen und gewalttätigen Protesten kommt. Dabei pflegen sie ihre eigene Verantwortung in dieser Sache zu übergehen. Denn Massenmedien, die es versäumen, auf alltägliche Mißstände hinzuweisen und nur auf Spektakuläres reagieren, verschaffen unkonventionellen und gewalttätigen Aktionen aus zwei Gründen Legitimität: Erstens lassen sie den berechtigten Eindruck entstehen, daß es einer bewußten Übertretung der politischen Spielregeln bedarf, damit Probleme von der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Und zweitens liegt es auch an ihren Versäumnissen, wenn Fehlentwicklungen mangels politischer Partizipation der Bevölkerung bis zu dem Punkt eskalieren können, wo das Ohnmachtsgefühl der Betroffenen schließlich in Gewalttätigkeit umschlägt.

Zur Selbständigkeit gehört vor allem auch, daß Journalisten ein waches Auge und ein offenes Ohr für kleine oder schwache Bevölkerungsgruppen haben, die nicht über eine institutionalisierte Interessenvertretung verfügen. Denn oft sind es Minderheiten und Randgruppen, die Fehlentwicklungen zuerst zu spüren bekommen, von denen später auch Mehrheiten und schließlich wir alle betroffen werden.

Kritik der Macht

Zur Eigeninitiative, die wir von den Medien erwarten sollten, gehört also, daß sie sich ihre Themen nicht von den Interessenverbänden und Politikern vorgeben lassen, zumal deren Spürsinn für problematische Entwicklungen oft

nur wenig ausgebildet ist. Mehr noch: Da den Medien die Aufgabe zufällt, die Erfahrungen und Interessen aller Bevölkerungsgruppen zu einer Öffentlichkeit zusammenzufassen, die die Entscheidungselite im Dienste des Allgemeinwohls kontrolliert, geziemt ihnen nicht nur eine unabhängige, sondern den Spitzen von Staat und Wirtschaft gegenüber grundsätzlich mißtrauische Haltung. Die Leser sollten sich nicht damit zufrieden geben, daß ihre Zeitung die Äußerungen der Politiker in Anführungsstrichen wiedergibt, sondern sie sollten darauf bestehen, daß deren Handlungen und Argumente auf Versäumnisse und Schwächen geprüft werden. Im Hinblick auf das Baumsterben wäre z.B. hartnäckig darauf aufmerksam zu machen gewesen, daß die beschlossenen Emissionsschutzmaßnahmen kaum ausreichend waren, um den fortgeschrittenen Schädigungsprozeß zum Stillstand zu bringen. Nur so wird im übrigen eine rationale Grundlage für das geschaffen, was Demokratie in einem formalen Sinne ausmacht: daß durch Wahlen Regierungsmehrheiten zu Minderheiten und politische Minderheiten zu Regierungsmehrheiten werden können.

Umfragen haben ergeben, daß sich viele Journalisten in der Bundesrepublik Deutschland tatsächlich subjektiv an der demokratischen Norm der Machtkritik orientieren⁷; ihren Bemühungen steht freilich entgegen, daß die Parteien vielfältige Mittel und Wege zur Verfügung haben, um zumal den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, dessen Aufsichtsgremien sie dominieren, in ihrem Machtinteresse zu steuern.⁸

Da die Herrschaftselite der Bundesrepublik kein monolithischer Block ist, sondern in zwei große, miteinander konkurrierende Lager zerfällt, gibt es für Journalisten eine bequeme Möglichkeit, Machtkritik und Anpassung an die Parteien miteinander zu verbinden: die Konzentration auf den jeweiligen politischen Gegner, über den dann aus dem Blickwinkel des Lagers berichtet wird, mit dem man selbst verbunden ist. Tatsächlich wurde während der sozial-liberalen Koalition Strauß im SPD-nahen Fernsehmagazin „Panorama“ viel häufiger genannt als Schmidt; Brandt im unionsnahen „ZDF-Magazin“ viel häufiger als Kohl; und der „Bayern-Kurier“ zieht lieber über die SPD oder FDP her, als die Leistungen der CSU positiv herauszustellen, was spiegelbildlich auch für die sozialdemokratische Presse gilt.

Diese angepaßte Art kritischer Berichterstattung über Politiker trägt vermutlich ihr Teil zu der Parteienverdrossenheit bei, die heute in der Bundesrepublik um sich greift. Denn sie läßt ja die Parteien insgesamt in einem negativen Licht erscheinen. Jedenfalls ist das nicht die Art von Machtkritik, die wir von den Medien erwarten sollten. Da nämlich das eine politische Lager dem anderen nicht vorzuwerfen pflegt, was sich gegen seine eigene Reputation richten würde, werden dabei hinter dem Schein der Aufklärung gerade die gefährlichsten Probleme und Fehlentwicklungen verdrängt: diejenigen, an denen alle Politiker, welchem Lager sie auch angehören mögen, wegen ihrer exponierten und abgeschirmten Position als Politiker Anteil haben.⁹

Für die schleichende Gefährdung der natürlichen Lebensbedingungen z.B. sind alle etablierten Parteien aufgrund ihrer allzulangen Passivität in Sachen Umweltschutz mitverantwortlich. Obwohl sich mittlerweile sehr viele Bundesbürger hierdurch bedroht fühlen, ist es nach wie vor Brauch, daß sich Regierungslager und parlamentarische Opposition auf diesem Gebiet mit grundsätzlicher Kritik verschonen. Wer wollte daran zweifeln, daß das zu den einschneidenden Veränderungen im Parteiensystem der Bundesrepublik, zum Einzug der Grünen in die Parlamente beigetragen hat? Diese Veränderungen sind nicht zuletzt aus einem strukturellen Versagen der etablierten Politik zu erklären, dem die Medien nur dann entgegenwirken könnten, wenn sie ihre Berichterstattung nicht auf die Berufspolitiker und deren „Stammesfehden“ fixieren würden.

Allgemeinverständlichkeit

Wenn es die Aufgabe der Massenmedien in einer komplexen Gesellschaft ist, die Absperrung der unmittelbaren Erfahrungen voneinander zu durchbrechen und so jedermann zu befähigen, sich an der Lösung dringlicher Probleme zu beteiligen, dann dürfen ihre Vermittlungsformen niemanden vom Verständnis der berichteten Sachverhalte ausschließen. Die wichtigste Vermittlungsform zumindest der gedruckten Medien und des Hörfunks ist die Sprache. Unter Journalisten scheint denn auch weitgehend Einigkeit darüber zu herrschen, daß akademische Fachterminologien mit ihren Fremdwörtern und Schachtelsätzen nicht in die Medien gehören. Weniger verbreitet ist das Bewußtsein davon, daß auch mancher in den Medien eingebürgerte Jargon, manche journalistische Sprachregelung außerordentlich hermetisch ist. Die Wirtschaftsteile und Feuilletonseiten geben hierfür unrühmliche Beispiele ab, wie Peter Glotz und Wolfgang Langenbacher schon vor 20 Jahren in ihrem Buch „Der mißachtete Leser“¹⁰ gezeigt haben.

Über die Allgemeinverständlichkeit der Sprache hinaus sollten politische Informationen nach Möglichkeit einen Bezug zum Alltag des Lesers haben. Denn nur wenn dieser eine praktische Bedeutung für sich selbst erkennt, wird bei ihm die Motivation entstehen, sich für die Bewältigung eines von den Medien dargestellten Problems einzusetzen. In dieser, freilich nur in dieser Hinsicht hätte der seriöse politische Journalismus vielleicht sogar einiges von den Kollegen aus der Boulevardbranche zu lernen.¹¹

Um noch einmal auf das Beispiel des Waldsterbens zurückzukommen: Es ist der Aufgabe der Medien noch wenig gedient, wenn einem Biochemiker Gelegenheit gegeben wird, in der für wissenschaftliche Forschung typischen Sprache die Zusammenhänge zwischen Schwefeldioxidanreicherungen in der Luft und Baumkrankheiten darzustellen. Es ist auch nicht viel gewonnen, wenn im Wirtschaftsteil die schlechten Bilanzen der Forstwirtschaft oder im Feuilleton

ästhetisierende Klagelieder auf den Artenreichtum erscheinen. Selbst den heute üblichen Meldungen und Kommentaren zu diesem Thema auf der Titelseite, z.B. anlässlich einer Bundestagsdebatte zum Umweltschutz, ist keine große Wirksamkeit zuzutrauen. All das geht wieder nur bestimmten Gruppen der Leserschaft nahe, die selbst entsprechende wirtschaftliche, kulturelle oder politische Erfahrungen und Interessen haben: Waldbesitzer, Gymnasiallehrer, Parteimitglieder.

Breitenwirkung wird nur erzielt, wenn es den Medien gelingt, zu jedermanns Alltag eine Brücke zu schlagen. Zu jedermanns Alltag gehört seine unmittelbare Umgebung. Hier ist die praktische Bedeutung dargestellter Probleme für das eigene Leben des Rezipienten am leichtesten zu verdeutlichen. Zur Aktivität vermag ihn weniger die Prozentzahl der bereits erkrankten Bäume zu bewegen, als daß der nahegelegene Wald, in dem er am Wochenende spazieren geht, in Zukunft vielleicht nicht mehr da sein wird. Es ist daher die lokale Information, auf die die bisher entwickelten Qualitätskriterien — Unabhängigkeit, Rechtzeitigkeit, Machtkritik — vor allem angewendet werden sollten. Sie ist in der Bundesrepublik, wo lokaler Rundfunk im Unterschied zu einigen Nachbarländern bisher nur in Ansätzen existiert, jedenfalls vorläufig noch eine Domäne der Presse. Solange dies so ist, sollte das traditionelle Medium Zeitung und besonders ihr Lokalteil nicht aus dem Zentrum unserer kritischen Aufmerksamkeit für die Medien verschwinden. Die große Bedeutung der Regionalpresse wird noch unterstrichen durch den Umstand, daß etwa ein Drittel der Bundesbürger in sogenannten „Ein-Zeitungs-Kreisen“ lebt, in denen ein Presseunternehmen das Monopol für die Verbreitung lokaler Informationen innehat.¹²

Im Lokalressort kostet es freilich auch am meisten Mühe und Können, die erwähnten Qualitätsansprüche zu erfüllen. Der generalisierende Leitartikel tut selten jemandem wirklich weh, so scharf seine Diktion auch sein mag. Wenn hingegen Versäumnisse der Stadtverwaltung oder unseriöse Praktiken ortsansässiger Firmen aufgedeckt werden, hat das in der Regel Auswirkungen auf die jeweiligen Karrieren oder Umsätze. Im übrigen fällt dem kritisierten Lokalpolitiker der Kontakt zur Zeitung besonders leicht, weil er den verantwortlichen Redakteur z.B. aus dem Sportverein kennt. Die Lokalredaktion ist daher einem stärkeren Druck von außen ausgesetzt als die anderen Ressorts der Zeitung. Hieraus ergibt sich eine Erwartung, die sich auch auf die betriebliche Organisation eines Mediums bezieht: Journalisten, die für den Lokalteil arbeiten, sollten besonders fähig und integer sein. Hierher gehören im Grunde die Geschicktesten, Mutigsten und Erfahrensten im Beruf. Hier sollten vielleicht auch die höchsten Gehälter gezahlt werden. Tatsächlich verhält es sich umgekehrt: Die Tätigkeit des Lokaljournalisten ist wenig beliebt und schlecht bezahlt, der ehrgeizige Redakteur strebt in andere Ressorts, ein großer Teil der Arbeit wird unerfahrenen Volontären und freien Mitarbeitern überlassen.

Noch einmal: Brauchen wir die Medien überhaupt?

Nicht erst beim letzten Punkt erheben sich scharfe Zweifel, ob denn unsere Medien den hier formulierten normativen Erwartungen auch nur entfernt gerecht werden. Eine ganze Reihe von Inhaltsanalysen hat gezeigt, daß die Nachrichtenauswahl und -aufarbeitung sich in der Regel an ganz anderen Kriterien orientiert, z.B. der Sensationalität. Gelegentlich hört man deshalb die radikale Meinung, Medien würden grundsätzlich eher schaden als nützen, da sie dem Publikum doch nur herrschaftsförmig verzerrte Bilder von der Realität in den Kopf setzten. Daher sei es besser, ganz auf sie zu verzichten.

Es wirft vielleicht ein den Journalisten gegenüber versöhnliches Schlußlicht sowohl auf den normativen wie auf den empirischen Aspekt der Ausgangsfrage, wozu wir Medien brauchen, wenn diese radikale Meinung hier in aller Deutlichkeit als abwegig und gefährlich verworfen wird. Zweifellos wäre unser Bild von der Welt noch viel schief und untauglicher für politische Partizipation, wenn jeder es nur aus dem Stoff seiner unmittelbaren Erfahrung herstellen würde, der unter der Bedingung der Komplexität immer nur einen sehr schmalen Ausschnitt der gesellschaftlichen Realität umfassen kann. Unmittelbare Erfahrung in Verbindung mit medialer Information ist allemal realitätstüchtiger als unmittelbare Erfahrung allein, so verzerrt und oberflächlich die mediale Information auch sein mag.

Bei der Forderung, den Journalismus abzuschaffen, handelt es sich keineswegs nur um eine theoretische Gedankenspielerei, die getrost sich selbst überlassen werden sollte, sondern um den überspitzten Ausdruck einer realen Denkströmung der Gegenwart. Es ist Mode geworden, daß „Betroffene“ aus ihren unmittelbaren Erfahrungen und Interessen heraus selbst die Medien machen sollen. Dies ist jedenfalls das Programm, das Stadtzeitungen, „Freie Radios“ usw. proklamieren, ohne selbst freilich in der Praxis ganz auf redaktionelle Auswahl und Überarbeitung verzichten zu können. Auch vor den etablierten Medien hat die Betroffenheits-Mode nicht haltgemacht. Dazu ist eine abschließende Bemerkung notwendig, damit die hier gesetzten Akzente (Wichtigkeit von Minderheiten und Randgruppen, Lokalberichterstattung) nicht mißverstanden werden.

Nichts, so scheint mir, ist ungeeigneter, die Absperrung und Borniertheit des Erfahrungswissens in einer komplexen Industriegesellschaft zu durchbrechen, als das „alternative“ Prinzip, den Selbstbezug spontan zum Ausdruck kommen zu lassen. Unmittelbare Betroffenheit äußert sich in der Regel eben nicht so, daß sie von anderen, Nichtbetroffenen, in ihrer ganzen Tragweite begriffen wird. So, wie manche junge Arbeitslose ihre Wut zeigen, wird sie dem älteren Angestellten, der sich seiner Stellung sicher glaubt, kaum verständlich werden können, obwohl auch ihn die Arbeitslosigkeit schon wegen ihrer sozialen Kosten angeht.

Damit das, was unmittelbar Betroffene spontan äußern, in die Breite gehen

und politisch wirksam werden kann, muß es von Journalisten weitergedacht und in seine gesellschaftlichen Zusammenhänge gestellt werden, bis es an die ganz andere Lebenswirklichkeit des Lesers oder Zuschauers heranreicht und dieser seine mittelbare Betroffenheit erkennt. Die Übersetzung des Verallgemeinerbaren von einer Lebenswirklichkeit in die andere ist die große Aufgabe der Medien. Dazu ist ein Mindestmaß an kritischer Distanz zu den verschiedenen Lebenswirklichkeiten notwendig.

Anmerkungen

1. Vgl. M. L. Kiefer, *Massenkommunikation 1964-1985*, in: *Media Perspektiven*, 3/1987, S. 137-148, hier S. 144f.
2. Vgl. M. L. Kiefer, *Massenkommunikation 1964-1980. Trendanalyse zur Mediennutzung und Medienbewertung*, in: *Media Perspektiven*, 4/1981, S. 261-286.
3. E. Dovifat, *Zeitungswissenschaft I. Erster Band. Theoretische Grundlagen, Nachricht und Meinung, Sprache und Form*, Berlin/Leipzig 1937, S. 66.
4. Vgl. E. Durkheim, *Über die Teilung der sozialen Arbeit*, Einl. v. N. Luhmann, Frankfurt a.M. 1977, z.B. S. 232, 262f., 296f.
5. Vgl. P. Trappe, *Sozialer Wandel in Afrika südlich der Sahara*. Erster Teil, unter Mitarbeit v. K.-D. Osswald und B. Baldus, Hannover 1968.
6. Vgl. R. Geißler, *Wandel durch Massenmedien. Die Verstärker-Doktrin neu durchdacht*, in: *Communications*, 7/1981, S. 169-185.
7. Vgl. W. Donsbach, *Journalismusforschung in der Bundesrepublik: Offene Fragen trotz 'Forschungsboom'*, in: Jürgen Wilke (Hrsg.), *Zwischenbilanz der Journalistenausbildung*, München 1987, S. 105-142, hier S. 127f.
8. Vgl. z.B. H. Schatz, *Fernsehen und Demokratie. Eine Inhaltsanalyse der Fernsehnachrichten von ARD und ZDF vom Frühjahr 1977*, Opladen 1981.
9. Vgl. H. Pöttker, *Das Fernsehen und die Krise der Parteien. Inhaltsanalysen als Beiträge zur politischen Soziologie*, in: *Publizistik*, 2-3/1985, S. 330-345; ders., *Legitimitätsdefizite und Fernsehen in der Bundesrepublik Deutschland. Das Medium als Instanz der politischen Sozialisation*, in: *Publizistik*, 2-3/1988, S. 505-519.
10. P. Glotz, Wolfgang Langenbacher, *Der mißachtete Leser. Zur Kritik der deutschen Presse*, Köln/Berlin 1969.
11. Vgl. z.B. H. Pöttker, „... normale Lebensweise und normale Ernährung“. *Tschernobyl in den Schlagzeilen der deutschsprachigen Tagespresse*, in: *medium*, 3/1986, S. 26-32.
12. Vgl. W. J. Schütz, *Kaum noch Objekte für die Pressekonzentration?* in: *Media Perspektiven*, 9/1979, S. 600-612; sowie andere Publikationen von Schütz zur Pressekonzentration.

Wolfgang Wunden (Hrsg.)

Redaktion: Johannes Gawert

Medien zwischen Markt und Moral

Beiträge zur Medienethik

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Medien zwischen Markt und Moral: Beiträge zur Medienethik / Wolfgang Wunden (Hrsg.). — Stuttgart: Steinkopf; Frankfurt am Main: Gemeinschaftswerk d. Evang. Publizistik, Abt. Verl., 1989 (GEP-Buch)
ISBN 3-7984-1012-7 (Steinkopf)
ISBN 3-921766-35-4 (Gemeinschaftswerk d. Evang. Publizistik)
NE: Wunden, Wolfgang (Hrsg.)

GEP-Buch im J.F. Steinkopf Verlag, Stuttgart

© 1989 Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik, Abt. Verlag, Frankfurt/M., ISBN 3-921766-35-4
Vertrieb im Buchhandel: J.F. Steinkopf Verlag, Stuttgart,
ISBN 3-7984-1012-7
Druck und Verarbeitung: Boschen, Frankfurt/M.

Inhalt

Vorwort	9
Einleitung	11

I KONTUREN

HANS JÜRGEN SCHULTZ

Warum wir schreiben. Über den Sinn der Information.....	17
--	----

JÖRG SPLETT

Resignation und Zukünftigkeit. Rahmgedanken zu einem Technik-Ethos heute.....	27
--	----

GERT HUMMEL

Menschenbild und neue Ethik in der Informationsgesellschaft von morgen. 12 Thesen.....	39
---	----

OTTO ULRICH

Informationstechnik und gesellschaftliche Zukünfte. Optionen zwischen Telematik und Wertewandel.....	47
---	----

II KRITERIEN

JOHN W. BACHMAN

Massenmedien in biblischer Sicht.....	71
---------------------------------------	----

HORST PÖTTKER

Wozu brauchen wir Medien? Erwartungen an die Informationsvermittlung in der Gegenwarts- gesellschaft.....	87
---	----

PETER CHRISTIAN HALL

Alltägliche (Un-)Moral. Über schleichende Anpassung und strukturelle Korruption.....	101
---	-----

MICHAEL TRABER

Alternativer Journalismus.....	111
--------------------------------	-----

III ENTWÜRFE

WALTER DIRKS

Überlegungen zum Selbstverständnis der journalistischen Arbeit.....	123
---	-----

GEORG ROSENTHAL

Zur Ethik der Medienproduktion.....	139
-------------------------------------	-----

BARBARA METTLER-MEIBOM

Qualifikatorische, kompensatorische oder integrative Bildung? Überlegungen zum Auftrag von Bildung in der „Informations- gesellschaft“	157
--	-----

THEODOR STROHM

Die neuen Informations- und Kommunikationstechniken als sozialetische Herausforderung.....	169
---	-----

IV KONKRETIONEN

JÜRGEN WILKE

Journalistische Berufsethik in der Journalistenausbildung.....	181
--	-----

MANFRED STOFFERS

Ziele und Aufgaben des Jugendmedienschutzes.....	195
--	-----

IMME DE HAEN

Enteignung des Erlebens. Für eine ökologisch orientierte Kommunikationspädagogik.....	215
--	-----

URS MEIER
Der prekäre Übergang zur Informationsgesellschaft.
Kommunikation als Thema ethischer Reflexion.....221

V HERAUSFORDERUNGEN

HANS-WOLFGANG HESSLER
Über die Mühsal einer globalen Verständigung.
Zum Stand der Diskussion über eine neue Welt-Information-
und Kommunikationsordnung.....231

CLIFFORD G. CHRISTIANS
Gibt es eine Verantwortung des Publikums?.....255

WOLFGANG WUNDEN
Medienethik — Medienpädagogik 267

Zur Entwicklung der Massenmedien.
Thesen der Schweizer Kirchen 1983.....277

Quellenverzeichnis.....293

Autorenverzeichnis 296

Register 300